

Es geht auch ohne Krawall

Tarifpolitik. Im Jahr 2015 verhandeln die Sozialpartner in einer ganzen Reihe von Branchen über neue Tarifverträge. Die Forderungen der Gewerkschaften sind ambitioniert, der Verteilungsspielraum dagegen ist eng.

Seit Monaten streiten Lokführer und Piloten für höhere Löhne oder, wie bei der Lufthansa, für den Erhalt der üppigen Übergangsvorsorge. Dabei kam es auch immer wieder zu Arbeitsniederlegungen.

Im Schatten dieser medienwirksamen Konflikte sind Ende 2014 die Tarifverträge in großen Branchen

wie der Metall- und Elektro-Industrie, dem öffentlichen Dienst der Länder und – in den meisten Regionen – dem Hotel- und Gaststättengewerbe ausgelaufen. Die IG Metall, die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten und ver.di fordern allesamt 5,5 Prozent mehr Lohn. Im weiteren Jahresverlauf stellen auch

die Gewerkschaften in der Chemie, dem Handel, dem Versicherungs-gewerbe, dem Kfz-Gewerbe und der Deutschen Post ihre Lohnfor-derungen (Tableau).

Insgesamt erhalten 2015 wohl mehr als 11,4 Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge.

Zuletzt hat sich die Tariflohndynamik beschleunigt. So sind die Tariflöhne seit 2008 um 14,6 Prozent gestiegen, die Produktivität aber nur um 3,1 Prozent. →

Tarifkalender 2015

■ Wann der Tarifvertrag wo ausläuft

■ Wie viele 1.000 Arbeitnehmer betroffen sind

28. Februar	Hotel- und Gaststättengewerbe Niedersachsen	45	31. Mai	Deutsche Post AG West und Ost	132
Februar-April	Chemische Industrie West und Ost	550		Kfz-Gewerbe NRW, Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern	94
31. März	Versicherungsgewerbe West und Ost	174	30. Juni	Landwirtschaft West und Ost	134
März-April	Groß- und Außenhandel West und Ost	1.468		Wohnungswirtschaft West und Ost	70
30. April	Kfz-Gewerbe Niedersachsen, Hessen, Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	267		Papier erzeugende Industrie West und Ost	45
	Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, Ost	70		Textilreinigungsgewerbe West und Ost	47
	Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	32	31. Juli	Hotel- und Gaststättengewerbe Berlin	39
März-Juni	Einzelhandel West und Ost	2.158	31. Oktober	Privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen, Berlin, Brandenburg	79
			31. Dezember	Gebäudereinigerhandwerk West und Ost	396
				Hotel- und Gaststättengewerbe Saarland, Brandenburg	25

Auswahl; Ursprungsdaten: BDA-Tarifarchiv, WSI-Tarifarchiv

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwkd 1

Inhalt

Erbschaftssteuer. Das Bundesverfassungsgericht sagt Ja zur Verschonung von Betriebsvermögen, fordert vom Gesetzgeber aber Nachbesserungen im geltenden Recht.
Seite 3

Arbeitszeit. Die Menschen in den Industrieländern verbringen weniger Zeit im Job als gedacht. Die Unterschiede sind allerdings selbst innerhalb Europas groß.
Seite 4-5

IW-Verbandsumfrage 2015. Trotz eingetübter Stimmung rechnen die Verbände für das neue Jahr überwiegend mit einem leichten Produktionsanstieg in ihren Unternehmen.
Seite 6-7

Internet. Einer Eurostat-Umfrage zufolge lassen die generellen Internetkenntnisse der Bundesbürger im europäischen Vergleich zu wünschen übrig.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ **Allein im Jahr 2014 erhöhten sich die Tarifverdienste nach vorläufigen Berechnungen um durchschnittlich 3,2 Prozent, die Produktivität wuchs dagegen lediglich um magere 0,2 Prozent.**

Den steigenden Lohnstückkostendruck konnten die Unternehmen nicht ganz auf die Preise überwälzen. Die Produzentenpreise haben sich seit 2008 nur um 12,8 Prozent und 2014 um 1,5 Prozent erhöht.

In einigen großen Branchen gab es – anders als es 2015 der Fall sein wird – keine Tarifverhandlungen. Stattdessen wurden Stufenanpassungen älterer Abschlüsse wirksam. So griff in der Metall- und Elektro-Industrie zum Mai 2014 eine 2,2-prozentige und im Einzelhandel zum

April eine 2,1-prozentige Stufenerhöhung aus den Abschlüssen des Jahres 2013.

Hinsichtlich der Neuabschlüsse 2014 zeigt eine Auswahl wichtiger Branchen, dass es in der Bauindustrie und der Chemischen Industrie die höchsten Zuwächse gab. Im ostdeutschen Bauhauptgewerbe stiegen die Löhne um 3,8 Prozent, in der Chemischen Industrie wurden die Entgelte um 3,7 Prozent angehoben. Im westdeutschen Bauhauptgewerbe waren es immerhin 3,1 Prozent.

Auch in anderen Tarifbereichen setzten die Gewerkschaften recht hohe Abschlüsse durch (Tableau). Im öffentlichen Dienst – Bund und Kommunen – gab es 3,0 Prozent oder mindestens 90 Euro pro Monat

mehr. Daraus ergaben sich für die unteren Lohngruppen Zuwächse von bis zu 5,8 Prozent.

Kennzeichnend für viele Abschlüsse des vergangenen Jahres waren verhältnismäßig lange Laufzeiten. Diese lagen in der Eisen- und Stahlindustrie bei 17 Monaten; im Bauhauptgewerbe, im privaten Bankgewerbe, im öffentlichen Dienst, im Einzelhandel und bei der Deutschen Telekom betragen sie sogar 24 Monate.

Verhandelt wurde allerdings nicht nur über Entgelte. Im Bauhauptgewerbe einigten sich die Tarifparteien darauf, auch im Osten eine überbetriebliche Tarifrente einzuführen. In der Chemischen Industrie wurde der neue Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“ vereinbart, bei der Deutschen Telekom eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung verlängert und in der Eisen- und Stahlindustrie erstmals ein Tarifvertrag mit Standards zu Werkverträgen verabschiedet.

Qualitative Tarifvereinbarungen sind in der Regel nicht kostenneutral. Sie müssen – wie die Entgelterhöhungen – aus dem Verteilungsspielraum finanziert werden.

Anders als bei den Spartengewerkschaften liefen die Tarifrunden der Branchengewerkschaften 2014 eher ruhig ab. Dennoch kam es zu Warnstreiks. Im Bankgewerbe richteten sich diese gegen Bestrebungen der Arbeitgeber, den Samstag als Regelarbeitstag einzuführen.

Im öffentlichen Dienst, in der Druckindustrie und in der Stahlindustrie sind Warnstreiks ohnehin ein fester Bestandteil des Verhandlungsrituals der Gewerkschaften. Bau- und Chemiegewerkschaft kamen dagegen ohne Warnstreiks zu guten Abschlüssen.

Tarifabschlüsse 2014

Wer abgeschlossen hat	Um wie viel Prozent erhöht wurde/wird	Was sonst noch verhandelt wurde
Banken	2,4 ab 1.7.14, weitere 2,1 ab 1.7.15, 150 Euro Pauschale im Januar 15	
Bauhauptgewerbe	3,1/2,6 (West inklusive Berlin) bzw. 3,8/3,3 (Ost) jeweils ab 1.6.14/15	Einführung der überbetrieblichen Tarifrente Bau auch im Osten
Chemische Industrie	3,7, regional unterschiedlich ab 1.2., 1.3. bzw. 1.4.14 für 13 Monate	Tarifvertrag (TV) „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“ u. a. mit der Empfehlung der TV-Parteien zur möglichst unbefristeten Übernahme Ausgebildeter
Deutsche Telekom	2,9/2,5 ab 1.4.14, 2,1 Stufenerhöhung ab 1.2.15	Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen bis 31.1.16
Druckindustrie	3,0 ab 1.5.14, 1,0 Stufenerhöhung ab 1.4.15	
Einzelhandel (Ost)	3,0 rückwirkend ab 1.9./1.10.13, 2,1 Stufenerhöhung ab 1.6./1.7.14	Prozessvereinbarung zur Weiterentwicklung der Tarifverträge zu den Themen Entgeltstruktur/Entgeltfindung, Arbeitszeitgestaltung und Demografie
Eisen- und Stahlindustrie	2,3 ab 1.7.14, 1,7 Stufenerhöhung ab 1.5.15	Verlängerung der Regelung zur unbefristeten Übernahme Ausgebildeter bis 31.1.18; Abschluss eines TV mit Standards zu Werkverträgen
Hotel- und Gaststättengewerbe (Bayern)	35 Euro Pauschale für August, 3,0 ab 1.9.14	
Öffentlicher Dienst (Bund und Gemeinden)	3,0, mindestens 90 Euro monatlich (TV-Versorgungsunternehmen: 3,3 ohne Mindestbetrag) ab 1.3.14, 2,4 Stufenerhöhung ab 1.3.15	Übernahmeregelung von Ausgebildeten für zwölf Monate bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf; bei entsprechender Bewährung im Anschluss daran Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis
Transport und Verkehr (NRW)	2,0 ab 1.7.14, 3,2 Stufenerhöhung ab 1.7.15	

Ein Auftrag an die Politik

Erbschaftssteuer. Die besondere Bedeutung von Familienunternehmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen rechtfertigt die Verschonung von Betriebsvermögen – sagt das Bundesverfassungsgericht in seinem jüngsten Urteil zur Erbschaftssteuer. Allerdings wird der Gesetzgeber aufgefordert, bestimmte Regelungen im aktuellen Recht abzustellen oder nachzubessern.

Auf Vorlage des Bundesfinanzhofs musste das Bundesverfassungsgericht die Frage beantworten, ob das geltende Erbschaftssteuerrecht im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes steht.

Denn während vererbtes Privatvermögen nach Abzug der Freibeträge in Deutschland gänzlich der Steuer unterliegt, wird vererbtes Betriebsvermögen „verschont“, wie es im Gesetz heißt.

Dass der Erhalt von Arbeitsplätzen ein überzeugender Grund für diese Regelung ist, hat das Bundesverfassungsgericht nun Mitte Dezember bestätigt:

Es ist verfassungskonform, Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie Anteile an Kapitalgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen von der Erbschaftssteuer zu befreien.

Zwei Optionen stehen dabei zur Wahl: Nach fünf Jahren und einem weitgehenden Arbeitsplatzerhalt wird der Firmenerbe zu 85 Prozent von der Erbschaftssteuer befreit, nach sieben Jahren und einem vollständigen Erhalt zu 100 Prozent.

Das grundsätzliche „Ja“ der Verfassungsrichter zum geltenden Recht wird allerdings um ein „Aber“ er-

Das Erbschaftssteuer-Aufkommen



gänzt. Die Karlsruher Richter beanstanden die konkrete Ausgestaltung der Erbschaftssteuerreform des Jahres 2009. Im Fokus stehen dabei zwei Aspekte:

- **Kleine Unternehmen mit höchstens 20 Mitarbeitern** werden nach Ansicht der Richter in unzulässiger Weise begünstigt, da diese Firmen den Erhalt der Arbeitsplätze nicht nachweisen müssen. Und weil zudem mehr als 90 Prozent aller deutschen Unternehmen weniger als 20 Mitarbeiter haben, sei diese Grenze zu hoch angesetzt.
- **Für große Unternehmen** verlangt das Bundesverfassungsgericht eine sogenannte Bedürfnisprüfung, also den Nachweis, dass die Firmenerben die Steuerverschonung brauchen, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Der Gesetzgeber muss jetzt also „große“ und „kleine“ Unternehmen definieren und sicherstellen, dass der Nachweis der Arbeitsplatzsicherung von den meisten Unternehmen auch erbracht wird. Für diese Aufgabe gibt das Gericht der Politik andert-halb Jahre Zeit.

Bei der Überarbeitung der Paragraphen muss der Gesetzgeber im Blick behalten, dass Familienunternehmen auch in Zukunft keine Wettbewerbsnachteile durch die Erbschaftssteuer haben dürfen, wenn ein Gesellschafter verstirbt. Das Bundesfinanzministerium scheint dies genauso zu sehen und hat bereits angekündigt, es seien lediglich „enge Korrekturen“ geplant.

Allgemeine Zufriedenheit wird wohl auch dann nicht herrschen – letztlich dürfte die Kritik erst verstummen, wenn die Erbschaftssteuer komplett abgeschafft wird.

Unterdessen darf das alte Erbschaftssteuerrecht bis zum 30. Juni 2016 weiter angewendet werden. Allerdings ergehen die Steuerbescheide bis dahin nur vorläufig. Bund und Länder sollten deshalb klarstellen, dass es nicht rückwirkend zu einer verschärften Belastung kommt.

Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer stehen ausschließlich den Ländern zu und belaufen sich derzeit auf rund 5 Milliarden Euro pro Jahr (Grafik).

Die Arbeitszeit

Das Wochensoll

Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit von Vollzeitarbeitnehmern

im Jahr 2013



Luxemburg, Polen: gesetzliche Arbeitszeit
Quelle: European Industrial Relations Observatory

© 2015 IW Medien · iw d 1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Schlafen, arbeiten und noch irgendwas dazwischen: Den einen oder anderen beschleicht irgendwann schon mal das Gefühl, dass der Job den Alltag dominiert. Tatsächlich aber verbringen die Beschäftigten heute längst nicht so viel Zeit im Büro oder in der Werkhalle, wie manche meinen – in den Industrieländern nimmt die Arbeitszeit von Montag bis Freitag etwa die Hälfte der Wachzeit ein. Gleichwohl gibt es selbst innerhalb Europas große Unterschiede. Am kürzesten arbeiten die Franzosen, die von einer gesetzlich verankerten 35-Stunden-Woche profitieren. Die Griechen, Luxemburger, Polen und Ungarn dagegen müssen, sofern sie Vollzeit arbeiten, 40 Wochenstunden ran.

Auch bei den Urlaubs- und Feiertagen gibt es eine große Spannweite: In Deutschland und Frankreich kommen Arbeitnehmer auf stattliche 40 Tage bezahlte Freizeit im Jahr, während die Belgier mit 29 freien Tagen haushalten müssen – nämlich den 20 EU-Mindeststandard-Urlaubstagen zuzüglich neun Feiertagen.

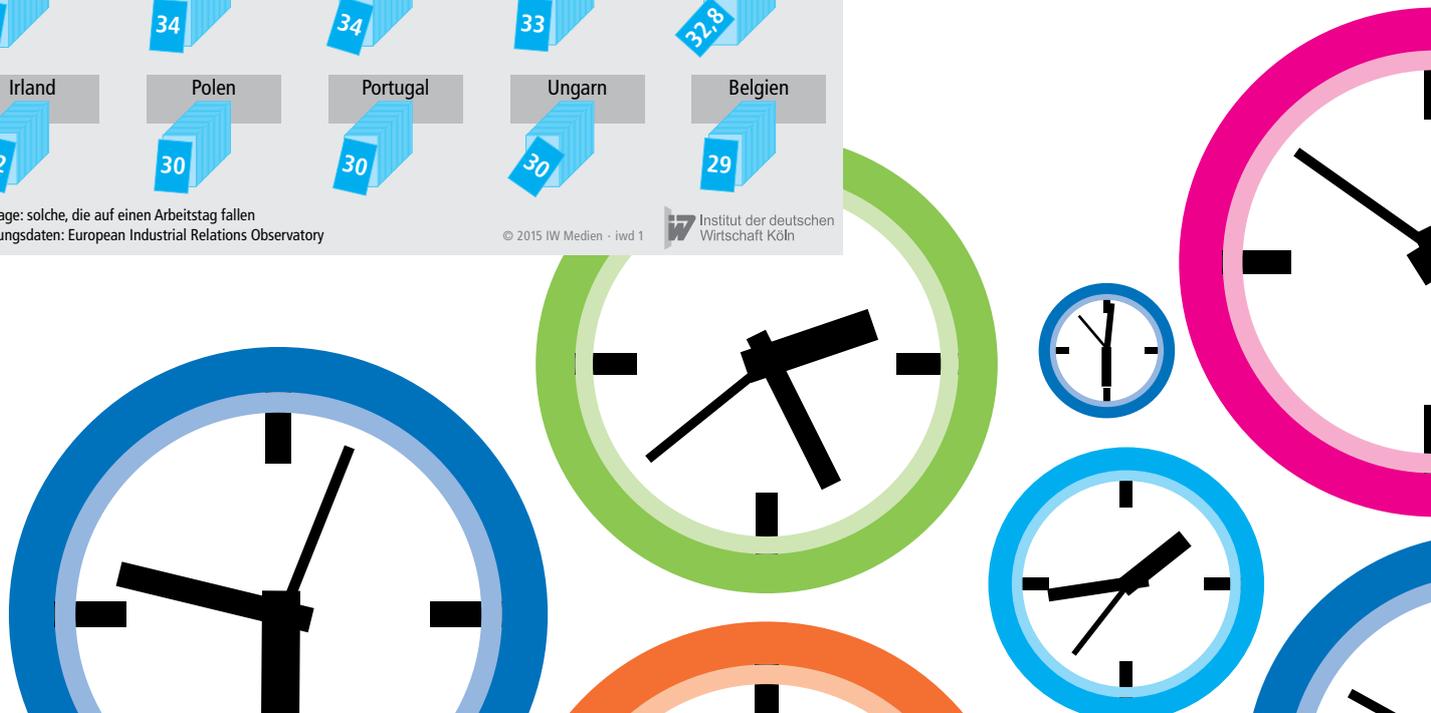
Der Ferienkalender

Urlaubs- und Feiertage im Jahr 2013



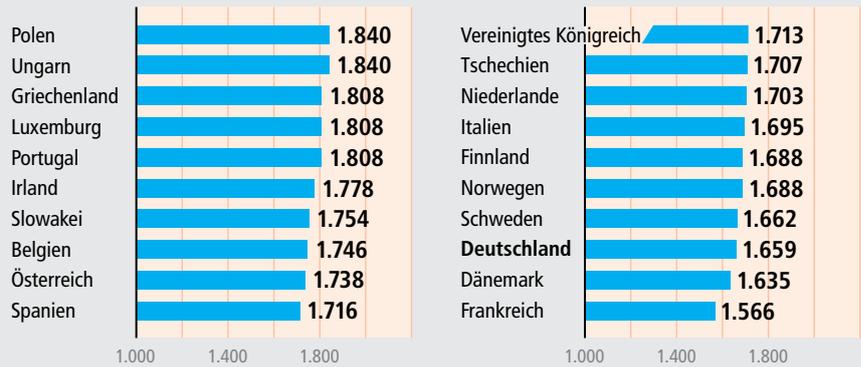
Feiertage: solche, die auf einen Arbeitstag fallen
Ursprungsdaten: European Industrial Relations Observatory

© 2015 IW Medien · iw d 1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Aus Wochenarbeitszeit und Freizeit lässt sich das Jahressoll errechnen – und das fällt wiederum in Frankreich mit 1.566 Stunden am niedrigsten aus. Es folgen Dänemark und Deutschland, wo Vollzeit-arbeitnehmer auf 1.635 beziehungsweise 1.659 Stunden Jahrespensum kommen. Tatsächlich arbeiten viele Menschen in der Bundesrepublik aber deutlich weniger, was vor allem auf den hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten – nämlich 38 Prozent – zurückzuführen ist. Zu Beginn der 1990er Jahre hatten erst 18 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland einen Teilzeitjob. Deshalb fiel die tatsächliche Jahresarbeitszeit damals mit knapp 1.500 Stunden auch um nahezu 200 Stunden höher aus als heute. Darüber kann ein Arbeitnehmer aus den 1960er Jahren allerdings nur milde lächeln: Denn damals – mitten in Zeiten des Wirtschaftswunders – waren mehr als 2.000 Stunden Arbeitspensum pro Jahr normal. Die tarifliche Arbeitszeit betrug 45 Wochenstunden, und der Jahresurlaub war mit drei Wochen nur halb so lang wie heute.

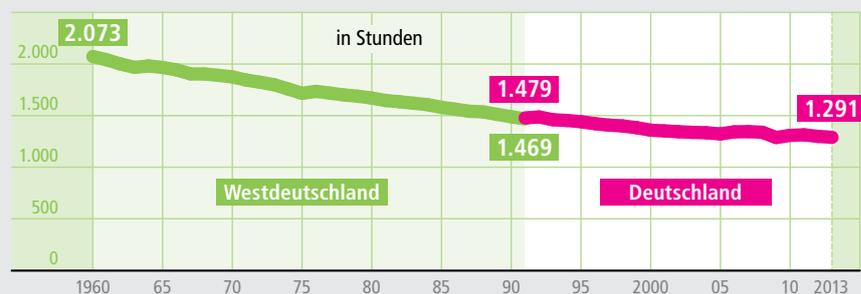
Das Jahrespensum Tarifliche Arbeitszeit je Vollzeitarbeitnehmer im Jahr 2013 in Stunden



Quelle: European Industrial Relations Observatory

© 2015 IW Medien · iw-d 1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Arbeitszeithistorie Tatsächliche Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer in Deutschland

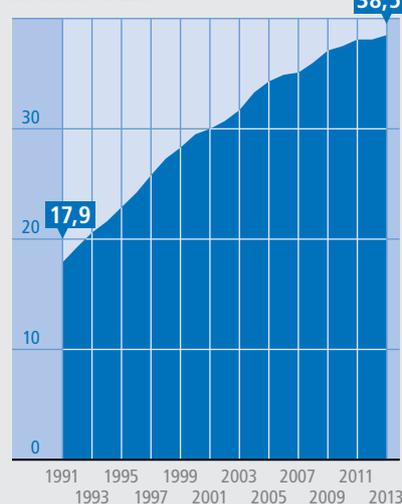


Ursprungsdaten: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt

© 2015 IW Medien · iw-d 1 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Teilzeitquote

So viel Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland arbeiteten Teilzeit



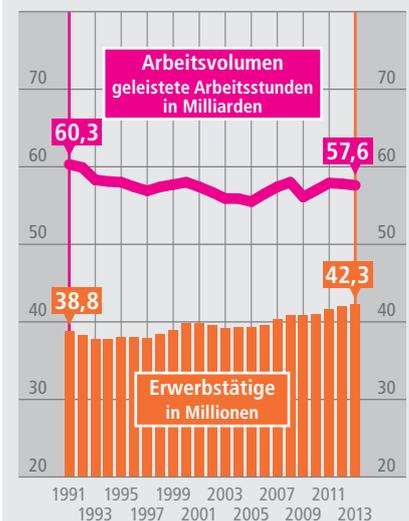
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

© 2015 IW Medien · iw-d 1

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Arbeitsvolumen

in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

© 2015 IW Medien · iw-d 1

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Verhaltene Zuversicht

IW-Verbandsumfrage 2015. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist längst nicht mehr so gut wie Anfang 2014. Dennoch gehen die Verbände überwiegend davon aus, dass die Unternehmen ihre Produktion beziehungsweise ihren Umsatz im neuen Jahr leicht steigern können. Auch die Investitionen dürften sich unterm Strich positiv entwickeln.

Von der Partylaune des vorigen Jahreswechsels ist kaum etwas übrig geblieben – das geht aus der aktuellen Befragung von 48 Wirtschaftsverbänden durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hervor. Hatten Ende 2013 noch 26 Verbände von einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Lage in ihren Mitgliedsfirmen berichtet, ist die Zahl nun auf 7 gesunken. Dagegen sprechen 20 Verbände von einer eingetrübten Stimmung (Tableau).

Zur Verunsicherung trägt zum einen der Kurs der Bundesregierung bei – etwa die jüngsten Beschlüsse zur Rentenpolitik sowie zur Einführung des Mindestlohns. Zum anderen haben die weltpolitischen Risiken zugenommen und die Lage im Euroraum bleibt fragil.

Dennoch schauen die Unternehmen keineswegs ängstlich nach vorn:

Für das Jahr 2015 erwarten 23 der 48 befragten Verbände, dass ihre Mitgliedsfirmen eine höhere Produktion erzielen werden als im Jahr 2014 – nur 4 rechnen mit einem Rückgang.

Der verhaltene Optimismus schlägt sich auch in den Investitionsplänen nieder. Die Mehrheit der Branchen geht von konstanten Investitionen aus, doch immerhin 15 Verbände sind in Sachen Neuananschaffungen für das neue Jahr zuversichtlich und nur 6 skeptisch.

Unter diesen Voraussetzungen dürfte das Beschäftigungsniveau

weitgehend gehalten werden, auch wenn 12 Verbände von einem Stellenabbau in ihren Unternehmen ausgehen und nur 8 von einem Anstieg der Mitarbeiterzahlen.

Die Erwartungen einiger Branchen im Einzelnen:

- **Maschinenbau.** Die Stimmung in diesem Industriezweig ist getrübt. Hauptursachen dafür sind die Risiken aufgrund des Ukraine-Konflikts, die Reformstaus in Frankreich und Italien sowie wachstumshemmende Gesetzesänderungen im Inland. Dennoch rechnet der Verband mit einem Produktionsplus, auch dank positiver Impulse aus dem Export nach China und in die USA.

- **Bauindustrie.** In dieser Branche ist die Stimmung gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert. Die Unternehmen gehen für 2015 von etwas besseren Geschäften aus als 2014, wobei vor allem der Wohnungsbau sowie der öffentliche Bau das Wachstum antreiben dürften.

- **Finanzsektor.** Banken und Versicherungen sind alles andere als in Sektulaune. Gründe dafür sind die im längerfristigen Vergleich weiterhin geringen Investitionen in Deutschland, der extrem niedrige Leitzins sowie immer schärfere gesetzliche Regulierungen. Zwar werden die Unternehmen wohl mehr investieren als 2014 – vor allem im IT-Bereich. Der hohe Kostendruck lässt aber einen Personalabbau erwarten.

IW-Verbandsumfrage 2015



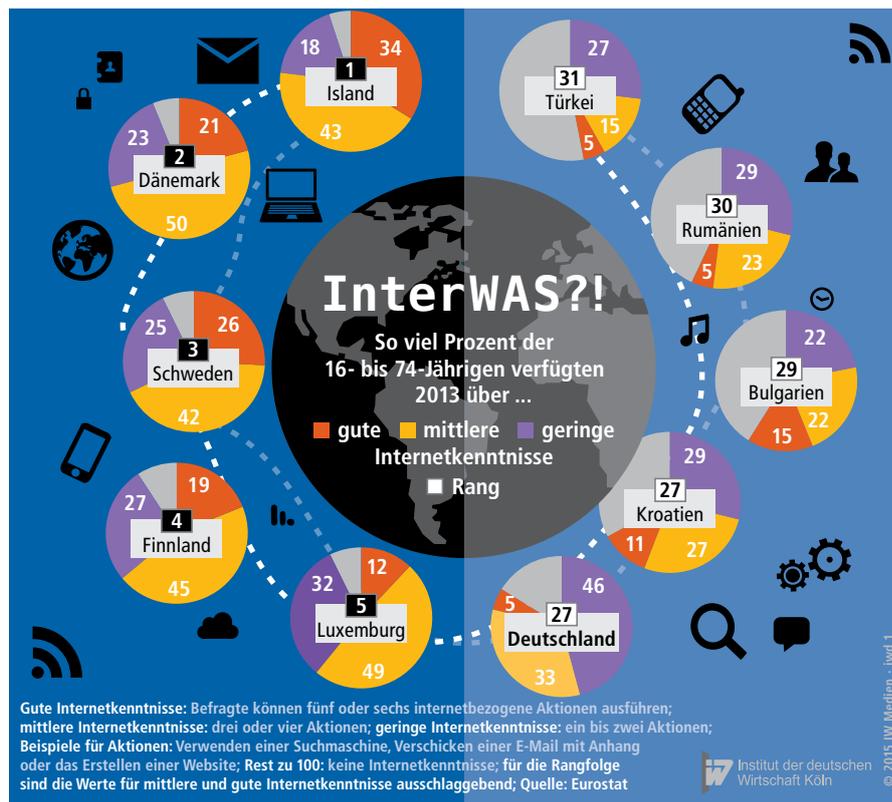
Wirtschaftszweig
1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine-und-Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. HDE-Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Werbewirtschaft
47. Immobilien
48. Markenverband
Insgesamt

Nicht immer Weltklasse

Internet. Die deutsche Wirtschaft ist digital – oder wäre es zumindest gern. Denn tatsächlich ist Deutschland europaweit Letzter beim Ausbau des schnellen Glasfaserinternets. Und auch die generellen Internetkenntnisse der Deutschen lassen zu wünschen übrig. Im Vergleich von 31 europäischen Ländern landen sie auf Platz 27.

Drei Viertel der Bundesbürger verfügen über einen Internetanschluss, die Zahl der mobilen Internetnutzer wächst stetig und auch der ältere Teil der deutschen Bevölkerung entdeckt das World Wide Web zunehmend für sich. Trotzdem liefert eine Befragung der europäischen Statistikbehörde Eurostat erschreckende Ergebnisse (Grafik):

Lediglich 5 Prozent der Deutschen verfügen über gute Internetkenntnisse, nahezu die Hälfte nur über geringe. Am besten schneiden Island, Dänemark und Schweden in Sachen Web-Know-how ab.



Seit 2005 vergleicht Eurostat die Internetkenntnisse der Europäer im Alter von 16 bis 74 Jahren. Im Mittelpunkt steht die Frage, wofür die Menschen das Internet nutzen – ob sie Informationen suchen, E-Mails mit Anhängen versenden, in Chatrooms diskutieren, online telefonieren oder sogar eine eigene Website einrichten. Wer fünf oder sechs dieser Aktivitäten beherrscht, fällt in die Kategorie „gute Internetkenntnisse“, bei drei oder vier Aktivitäten werden „mittlere“ Kenntnisse bescheinigt.

Die Ergebnisse geben Rätsel auf. Zwar fordern jetzt manche Experten, die digitalen Kompetenzen der Deutschen bereits in der Schule zu

stärken. Allerdings passen die obigen Zahlen so gar nicht zu den Ergebnissen anderer Erhebungen – auch nicht zu einer Eurostat-Umfrage aus dem Jahr 2014. Demnach sind die Deutschen im europäischen Vergleich keinesfalls Schlusslicht in der Internetnutzung. So waren 86 Prozent der Bundesbürger in den drei Monaten vor der Befragung online unterwegs gewesen – im EU-Durchschnitt dagegen nur 78 Prozent der Bürger.

Eine mögliche Erklärung für die Diskrepanz zur Befragung über die Internetkenntnisse könnten die von Eurostat berücksichtigten Kompetenzen liefern. Die sechs abgefragten Aktivitäten bilden bei weitem nicht alle Möglichkeiten des Internets ab.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Presspiegel unter: pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.